

EU Regionalpolitik: Anpassungsbedarf nach Brexit?

5. August 2016

In den kommenden Monaten steht die Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens durch die Europäische Kommission an. Auch hier dürfte die Perspektive eines Brexits sicherlich diskutiert werden. Angesichts der Unsicherheit über die genauen Umstände und den Zeitpunkt eines Austritts von Großbritannien sind jedoch für den Moment nur bedingt Auswirkungen zu erwarten. Allerdings würde ein Brexit bis 2020 sicherlich weiteren Anpassungsbedarf mit sich bringen und auch den Bereich der Regional- und Kohäsionspolitik als einen der größten Haushaltsposten betreffen.

Was bedeutet ein möglicher Brexit aus regional(politischer) Perspektive? Zunächst einmal würde ein Austritt des Vereinigten Königreichs die Anzahl der europäischen Gebietseinheiten reduzieren. Insgesamt hätte Europa 40 Regionen weniger, wenn man die aktuelle Einteilung auf NUTS-2-Ebene* als „Basiseinheit“ für regionalpolitische Maßnahmen zugrunde legt. Die durch einen Austritt bedingten Verschiebungen in der Regional- und Kohäsionspolitik werden damit auch das generelle Förderumfeld für die Regionen der EU-27 verändern.

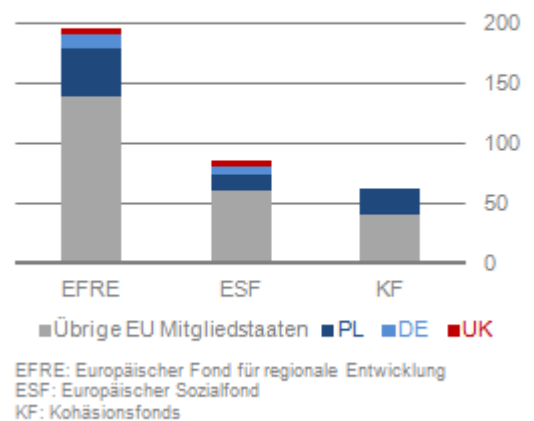
In der mehrjährigen Finanzplanung der EU werden die Höchstbeträge für die gemeinsamen Ausgaben festgelegt. Ein wesentlicher Anteil der gemeinsamen Mittel entfällt hierbei auf Regional- und Kohäsionspolitik und wird über diverse Fonds nach unterschiedlichen Kriterien den Mitgliedstaaten zugeteilt. Insgesamt stellt die EU den Mitgliedstaaten im Zeitraum 2014-2020 über die Regional- und Kohäsionspolitik EUR 349,4 Mrd. an Finanzmitteln zur Verfügung, was etwa einem Drittel des gesamten EU-Budgets für diesen Zeitraum entspricht. Der größte Anteil mit knapp 57% entfällt auf den Regionalfonds EFRE (EUR 196,3 Mrd.), rund ein Viertel auf den Europäischen Sozialfonds (EUR 86,4 Mrd.) und etwa 18% auf die Kohäsionsförderung (EUR 63,4 Mrd.). Zusätzlich zu diesen drei Fonds existiert noch die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen (YEI), über die insgesamt EU- Mittel in Höhe von EUR 3,2 Mrd. bereitgestellt werden.**

Für Großbritannien sind für 2014-2020 EUR 10,8 Mrd. vorgesehen (entspricht einem Anteil von 3,1%). Hinsichtlich der einzelnen Fonds unterscheiden sich die Verteilungen – nicht zuletzt aufgrund der verschiedenen Förderziele bzw. Schwerpunkte – deutlich. Während Großbritannien EUR 5,8 Mrd. aus dem EFRE und EUR 4,9 Mrd. aus dem ESF zur regionalen Förderung erhält, erfolgt keine Finanzierung aus dem Kohäsionsfonds, weil dieser nur auf die Konvergenz wirtschaftsschwacher Mitgliedstaaten abstellt. Zum Vergleich: Deutschland profitiert mit insg. EUR 18,3 Mrd. aus den Strukturfonds (EFRE und ESF) etwas stärker von den Mitteln zur Regionalpolitik (aufgrund der höheren Bevölkerungszahl sowie Mitteln für Regionen in den neuen Bundesländern), während Polen neben EUR 53,4 Mrd. aus den Strukturfonds auch EUR 23,2 Mrd. aus dem Kohäsionsfonds erhält. Von der YEI entfallen EUR 206,1 Mio. auf Großbritannien.

Natürlich sind die Auswirkungen eines Brexits auf die Regional- und Kohäsionspolitik maßgeblich vom Zeitpunkt des tatsächlichen Austritts abhängig. Für die folgende Haushaltsplanung nach 2020 muss die Mittelverteilung ohnehin neu zwischen den verbleibenden EU-Mitgliedstaaten ausgehandelt werden. Allerdings dürften sich durch einen Brexit auch die Schwellenwerte für die Förderfähigkeit der Regionen aus den Strukturfonds sowie der Länder aus dem Kohäsionsfonds ändern. Damit dürfte es selbst bei unveränderten Vergabekriterien zu einer Neubewertung von förderfähigen Regionen und Ländern der EU-27 kommen. Bei einem Austritt Großbritanniens

EU Regionalpolitik: Anpassungsbedarf nach Brexit?

EU Mittelzuweisung 2014-2020 nach Fonds, in EUR Mrd.



EFRE: Europäischer Fond für regionale Entwicklung
ESF: Europäischer Sozialfond
KF: Kohäsionsfonds

Quellen: Europäische Kommission, Deutsche Bank Research

aus der EU vor Ende 2020 wäre zusätzlich die EU-Finanzierung für bereits genehmigte und laufende Projekte inklusive der nationalen Kofinanzierung dieser Projekte in Großbritannien unklar. Dies dürfte Gegenstand der Austrittsverhandlungen sein. Zudem würde bei einem Austritt vor Ende 2020 durch die weggefallenen Beiträge Großbritanniens als Netto-Zahler auch das verfügbare EU-Budget sinken.*** Somit könnte es auch im Bereich der Regional- und Kohäsionspolitik zur Kürzung der Mittel kommen, sollten andere Mitgliedstaaten nicht bereit sein, durch erhöhte Beiträge die Finanzierungslücke zu schließen. Der Austritt Großbritanniens – und damit der Wegfall eines der größten Netto-Zahler (in absoluten Zahlen) – dürfte die ohnehin oft sehr kontroversen Budgetberatungen für die nächste Haushaltsperiode noch verschärfen.

* Mit der Abkürzung NUTS (nomenclature des unités territoriales statistiques) wird die Systematik der Klassifizierung von Raumeinheiten in der EU bezeichnet. Insgesamt gibt es aktuell in der EU 276 Regionen der NUTS-2-Ebene. In Deutschland sind hierunter beispielsweise Stadtstaaten und einige nicht weiter untergliederte Bundesländer sowie Regierungsbezirke gefasst.

** Siehe Europäische Kommission (Stand Juli 2016): Cohesion Data ESIF Finance Details

*** Siehe Reuters (18.05.2016): Hintergrund – „Brexit“ würde auch Schäubles Haushalt belasten.

Autoren:

Patricia Wruuck (+49) 69 910-31832

Laura Rosenberger

...mehr zum Research-Bereich **Wirtschafts- und Europapolitik**

Aktuelle Grafiken - Archiv